IWH-Pressemitteilung 9/2010

Halle (Saale), den 4. März 2010



Vom "nackten Überleben" zur Hightech-Förderung: 20 Jahre Innovationspolitik in Ostdeutschland

Mit dem Systemwechsel von der Plan- zur Marktwirtschaft wurde auch die Forschungs- und Entwicklungslandschaft in den Neuen Bundesländern tiefgreifend verändert. Die Entflechtung, Umstrukturierung und Privatisierung der ehemals staatseigenen Betriebe bedeutete einen massiven Rückgang der industriellen Forschung und Entwicklung (FuE). Eine Studie des IWH zeigt im Überblick, wie die staatliche Innovationspolitik auf diesen Notstand reagierte und fortentwickelt wurde.

In der ersten Phase nach der Deutschen Einheit ging es für die gerade erst privatisierten Unternehmen darum, ihr Überleben zu sichern. An die Entwicklung von Marktneuheiten war zunächst nicht zu denken. Die Innovationsförderung des Staates beschränkte sich vor allem darauf, das Wegbrechen der Forschungspotenziale, insbesondere des FuE-Personals, zumindest abzuschwächen. Mitte der 1990er Jahre kam der Abbau von FuE-Kapazitäten zum Stillstand; die einzelnen Akteure standen jedoch oftmals isoliert, da sich die gewachsenen Strukturen der Zusammenarbeit infolge des Systembruchs nahezu vollständig aufgelöst hatten. In dieser zweiten Phase wurden daher vor allem Kooperationen zwischen Unternehmen und Forschungseinrichtungen gefördert, zunehmend auch ganze Regionen, mit dem Ziel, innovative Cluster anzustoßen. Ende der 1990er Jahre begann die dritte Phase staatlicher Innovationspolitik: Der Netzwerkgedanke hielt Einzug, die knapper werdenden Mittel wurden zunehmend in Form von Wettbewerben vergeben. In jüngster Zeit wird auch die Fokussierung auf Ostdeutschland abgebaut, viele Programme sind nun bundesweit aultia. Die im Transformationsprozess untergegangenen Industrie- und Forschungskapazitäten werden noch auf längere Frist eine Schwachstelle des ostdeutschen Innovationssystems darstellen. Ein Bedarf an neuen, ostdeutschlandspezifischen Innovationsförderprogrammen über die vorhandenen Programme hinaus lässt sich jedoch nicht erkennen.

Veröffentlichung:

GÜNTHER, JUTTA; NULSCH, NICOLE; WILDE, KATJA: Im Fokus: 20 Jahre Innovationspolitik: Vom "nackten Überleben" zur Hightech-Förderung in Ostdeutschland, in: IWH, Wirtschaft im Wandel 2/2010, S. 73-79.

GÜNTHER, J.; NULSCH, N.; URBAN-THIELICKE, D.; WILDE, K.: 20 Jahre nach dem Mauerfall: Transformation und Erneuerung des ostdeutschen Innovationssystems. Studien zum deutschen Innovationssystem Nr. 16-2010, 2010,

http://www.e-fi.de/fileadmin/Studien/Studien 2010/16 2010 Entwicklung NBL.pdf.

Sperrfrist:

4. März 2010, 13:00 Uhr

Pressekontakt:

Tobias Henning Telefon: + 49 (0) 345/7753-720 E-Mail: presse@iwh-halle.de

Ansprechpartnerin:

Jutta Günther Telefon: + 49 (0) 345/7753-708 E-Mail: jgr@iwh-halle.de

Politische Ressorts:

Bundeswirtschaftsministerium (BMWi), Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF), Wirtschafts- und Wissenschaftsministerien der Neuen Länder

Wissenschaftliche Schlagworte:

Innovationspolitik, Ostdeutschland, Cluster, Netzwerke, Strukturwandel, Kooperation

Institut für Wirtschaftsforschung Halle (IWH) Kleine Märkerstraße 8

06108 Halle (Saale) Postfach 11 03 61, 06017 Halle (Saale)

Tel.: + 49 (0) 345/7753-60 Fax: + 49 (0) 345/7753-820 http://www.iwh-halle.de Den vollständigen Artikel erhalten Sie gern auf Anfrage: presse@iwh-halle.de.

Wissenschaftliche Ansprechpartnerin:

Dr. Jutta Günther

Tel.: + 49 (0) 345/7753-708, E-Mail: Jutta.Guenther@iwh-halle.de

Pressekontakt:

Tobias Henning

Tel.: +49 (0) 345/7753-720, E-Mail: presse@iwh-halle.de

Das Institut für Wirtschaftsforschung Halle (IWH) widmet sich der Erforschung der Entwicklungen "Von der Transformation zur europäischen Integration". Dieses Forschungsprofil ist auf zwei Bereiche konzentriert: Programmbereich I befasst sich mit Wachstum und wirtschaftlicher Integration, Programmbereich II mit der Analyse von Transformationsprozessen. Unter dem allgemeinen Forschungsthema genießt die wirtschaftliche Entwicklung Ostdeutschlands besondere Aufmerksamkeit. Das IWH ist in drei wissenschaftlichen Abteilungen organisiert: Makroökonomik, Strukturökonomik und Stadtökonomik. Die Forschung wird in inhaltlich definierten Forschungsschwerpunkten durchgeführt, die auf mittlere Frist eingerichtet sind und abteilungsübergreifend spezifische Kompetenzen bündeln. Diese Forschungsschwerpunkte sind als Ort der Einheit von wissenschaftlicher Forschung und wirtschaftspolitischer Beratung zu verstehen. Das IWH ist Mitglied der Leibniz-Gemeinschaft.